

In der Senatssitzung am 21. Februar 2023 beschlossene Fassung

Der Senator für Inneres

14.02.2023

Frage L 22

Vorlage für die Sitzung des Senats am 21.02.2023

„Polizei geht gegen Straßendealer vor“

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat die folgenden Fragen in der Fragestunde zum Thema „Polizei geht gegen Straßendealer vor“ gestellt:

1. Inwieweit konnten im Falle des Drogenhandels in der Bahnhofsvorstadt am 17.08.2021 in den Abendstunden, als mehrere Männer von der Polizei beim Verkauf und Kauf von Cannabis beobachtet wurden (Polizeimeldung 0618) alle Tatverdächtigen ermittelt werden?
2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen (Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe?) und konnten die Tatverdächtigen inhaftiert und ggf. abgeschoben werden?
3. Inwieweit sind die in diesem Fall ermittelten Täter seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen konnten sieben Beschuldigte ermittelt werden.

Ein Angeklagter ist zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Zu einem Angeschuldigten ist ein Verfahren beim Amtsgericht anhängig. Vier Verfahren sind als Vergehen gemäß § 31a Abs. 1 BtMG eingestellt worden. Zu einem Verfahren wurde noch kein Verfahrensausgang verzeichnet.

Seit der Tat sind vier der sieben Personen erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten. Eine Person davon mit einem Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz. Eine weitere mit fünf Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz und einem Diebstahlsdelikt. Eine Person ist seit der Tat 15 Mal in Erscheinung getreten, darunter überwiegend mit räuberischem Diebstahl und Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz. Eine weitere Person ist seitdem 20 Mal strafrechtlich in Erscheinung getreten, darunter überwiegend wegen Beleidigung, Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Sachbeschädigung.

Insoweit wurden jeweils entsprechende Ermittlungsverfahren eingeleitet.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Bei den Beschuldigten handelt es sich um Männer.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatorin für Justiz und Verfassung abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 14.02.2023 der mündlichen Antwort auf die Fragen der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.